

## **Stellungnahme zur Parlamentarischen Initiative von Nationalrat Jean-Paul Gschwind „Weniger Parzellierung von landwirtschaftlichen Grundstücken. Mehr Kompetenzen für die Kantone“**

Jean-Paul Gschwind unterbreitet dem Nationalrat einen Vorschlag: Die Kantone sollen mehr Handlungsspielraum bei der Bewilligung der parzellenweisen Verpachtung erhalten. Arrundierte Betriebe, die dem regionalen Flächendurchschnitt entsprechen, sollen im Interesse der Gesellschaft als Ganzes weiterbewirtschaftet und nicht an wachsende Nachbarn aufgeteilt werden.

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben lehnte diesen Vorschlag nur knapp ab, nun gilt es im Nationalrat Gegensteuer zu geben:

Die Wachsen-oder-Weichen-Theorie, die leider immer noch von bestimmten Verbänden, Ämtern und Beratungsstellen vertreten wird, ist keine Patent-Lösung für die Schweizer Landwirtschaft. Kleine und mittlere Betriebe, die auf Qualität, Kundennähe und Wertschöpfung setzen, sind ein wichtiger Bestandteil der Schweizer Landwirtschaft, sie gilt es besser zu fördern.

Heute werden beim Generationenwechsel immer wieder Betriebe mit genau diesem Potential an bereits grosse Betriebe verteilt, ungeachtet dessen, dass die öffentliche Hand in diese Betriebe investiert hat (Strukturverbesserung, Investitionshilfen) und der Betrieb weiterhin, mit entsprechender Ausrichtung, eine Existenz bietet. Meist geschehen diese Aufteilungen von Betrieben unter dem Vorwand, es sei keine Nachfolge vorhanden und der Betrieb hätte keine langfristige Existenz. Die Kleinbauern-Vereinigung beobachtet seit Betrieb der Anlaufstelle für ausserfamiliäre Hofübergabe das Gegenteil: Gut ausgebildete Landwirte und LandwirtInnen mit Berufserfahrung und guten Ideen sind da. Doch sie haben kaum Chancen, einen eigenen Hof zu finden, weil bereits gut existierende Betriebe noch mehr Land an sich reissen. Die Schweizer Landwirtschaft hat primär ein Problem mit dem enormen Druck auf den Boden – kein Nachfolgeproblem. Dies muss im Uno-Jahr des Bodens Thema sein und Jean-Paul Gschwinds Vorschlag muss im Nationalrat unbedingt eine Mehrheit finden!

Regina Fuhrer, Präsidentin Kleinbauern-Vereinigung